

Dr. Gerhard Schwarz
Direktor von Avenir Suisse

Es gilt das
gesprochene Wort

Reflexionen über Freiheit, Zusammenhalt und Identität

Rede zum 1. August 2012 in Oberrieden

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Es ist mir Freude und Ehre zugleich, dass Sie mich eingeladen haben, mit Ihnen heute den Geburtstag unserer Eidgenossenschaft zu feiern. Feiern und Feste sollte man nie mit langen Reden belasten. Deshalb will ich nur einige wenige Gedanken mit Ihnen teilen und nicht zuletzt einige Herausforderungen, die meines Erachtens auf uns zukommen werden, thematisieren. Es geht mir dabei im Wesentlichen um drei Begriffe: Freiheit, Zusammenhalt und Identität. Nicht alles wird allen gefallen, damit lebe ich seit vielen Jahrzehnten.

1. Freiheit und Direkte Demokratie

Am Anfang meiner Überlegungen steht die Freiheit. Das mag wenig originell sein, aber gerade in diesen schwierigen, von Krisen gezeichneten Zeiten ist die Freiheit besonders gefährdet. Ich hoffe, ich enttäusche Sie nicht, wenn ich gleich zu Beginn auf den deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck verweise – und falls ich Sie doch enttäuschen sollte, ist es Ihnen vielleicht ein Trost, dass ja unser Nationaldrama Wilhelm Tell auch von einem Deutschen in Dichterworte gefasst wurde. Gauck zitiert in einem kleinen, wunderbaren Büchlein mit dem schlichten Titel „Freiheit – Ein Plädoyer“ – und gemeint ist damit natürlich die politische Freiheit und Selbstbestimmung – Gauck zitiert also Heinrich Heine und seine launige Beobachtung des Umgangs verschiedener Nationen mit der Freiheit: *„Der Engländer liebt die Freiheit wie sein rechtmässiges Weib. Er besitzt sie, und wenn er sie auch nicht mit absonderlicher Zärtlichkeit behandelt, so weiss er sie doch im Notfall wie ein Mann zu verteidigen. Der Franzose liebt die Freiheit wie seine erwählte Braut. Er wirft sich zu ihren*

Füssen mit den überspanntesten Beteuerungen. Er schlägt sich für sie auf Tod und Leben. Er begehrt für sie tausenderlei Torheiten. Der Deutsche liebt die Freiheit wie seine Grossmutter.“

Und wie steht es diesbezüglich bei uns? Ich befürchte, wir liegen irgendwo zwischen Deutschland und England, aber näher bei den Engländern. Und vielleicht drängt sich bei uns zwischen das rechtmässige Weib und die Grossmutter auch noch die Schwiegermutter. Klar ist jedenfalls: Wir sind gemessen an der Menschheitsgeschichte und am grössten Teil der heute lebenden Menschheit freiheitsverwöhnt. Und dann ist es wie in so manchen Ehen. Man gewöhnt sich an das Gute, nimmt es für selbstverständlich und fängt an, die Nachteile stärker zu betonen als die Vorteile und dem, was man hat, nicht mehr wirklich Sorge zu tragen.

Nichts zeichnet aus meiner Sicht unser Land so sehr aus wie die Tatsache, dass hierzulande, bei uns, die Bürgerinnen und Bürger in einem Ausmass über öffentliche Angelegenheiten mitreden und entscheiden können wie in keinem anderen Land der Welt, nicht nur auf Gemeindeebene, obwohl das besonders wichtig ist, sondern auch auf Kantons- und Bundesebene. Das ist so wertvoll und so aussergewöhnlich, dass man es gar nicht genug betonen kann. Und dass man wirklich alles tun muss, um es in seiner Substanz zu erhalten.

Natürlich gibt es viele Einwände ökonomischer Art gegen unsere Form der Demokratie mit ihrer Mitsprache des Volkes, mit ihrer Konkordanz, mit ihrer kleinteiligen Struktur, mit ihrem ausgeprägten Föderalismus. Oberflächlich betrachtet ist vieles davon ineffizient. Nur wer längerfristig und über das Ökonomische im engeren Sinne hinaus denkt, wird den Wert des politischen Systems der Schweiz schätzen. Aus dem selbstbestimmten Engagement der Bürger wächst eine viel grössere Identifikation mit dem System, ein höherer Grad an Informiertheit, mehr Sach- und weniger Personalpolitik und auch, wie wir vom Glücksforscher Bruno S. Frey wissen, so pathetisch das klingen mag, mehr Glück. Aus dem kleinteiligen Föderalismus wachsen nicht nur Bürgernähe und eine gesunde Disziplinierung des Staates, sondern auch die Möglichkeit, dass die so unterschiedlichen Individuen leichter nach ihrer Façon selig werden und sich frei entfalten können. Und aus der Konkordanz mit ihrer Trägheit und ihrer Tendenz zu mittleren Lösungen wachsen Stabilität und Sicherheit.

Trotz aller überzeugten Bejahung unserer politischen Institutionen gibt es aber sehr wohl Reformbedarf. Es braucht Reformen, die diese Institutionen nicht abbauen oder abschaffen,

sondern verwesentlichen. Avenir Suisse hat dazu in den letzten Jahren immer wieder Ideen formuliert, die zum Teil auch in die Köpfe gesickert sind – wenn auch naturgemäss ziemlich langsam. Lassen Sie mich hier nur einen Aspekt herausgreifen, die Direkte Demokratie. Ich halte diese in Abwandlung von Winston Churchills berühmtem Diktum für die schlechteste Regierungsform – mit Ausnahme aller anderen, einschliesslich der parlamentarischen Demokratie. Aber wir reiten diese Direkte Demokratie kaputt, wenn wir sie überstrapazieren. Zwei Drittel der seit 1848 erfolgten Abstimmungen (Total: 559), haben in den letzten 40 Jahren stattgefunden. Und die Zahl der Initiativen stieg von 7 in den 1960er Jahren auf 36 im letzten Jahrzehnt. Es stellt sich somit die Frage, ob Initiativen und Referenden ihren eigentlichen Zweck der Mitbestimmung und des Einbringens von Anliegen erfüllen, oder ob sie nicht viel mehr von Interessengruppen als Verzögerungsinstrument und „Unruhestifter“ missbraucht werden. Nur schon die Androhung eines Referendums oder einer Initiative reicht ja, um Bundesrat und Parlament zu zwingen, über die Bücher zu gehen. Das muss nicht per se schlecht sein, es wird aber dann zur Perversion, wenn damit kleine Minderheiten den die Mehrheit vertretenden repräsentativen Institutionen unseres Staates die Agenda aufzwingen.

Schuld an dieser Entwicklung ist nicht ein gezielter Ausbau der Volksrechte, sondern die trotz der stark gestiegenen Bevölkerungszahl seit Einführung des Frauenstimmrechts nicht mehr angepasste, schon damals reichlich niedrig bemessene Unterschriftenzahl für Initiativen (100'000) und Referenden (50'000). 1848 brauchte es für die Einreichung einer Initiative die Unterschriften von über 9% der Stimmberechtigten, 1891 noch von 7,68%, heute genügen knapp 2%. Und beim Referendum wurde die Hürde in den letzten 120 Jahren auf weniger als einen Viertel heruntergeschraubt, von 4,61% 1891 auf unter 1% heute. Eine Erhöhung der benötigten Unterschriftenzahl für die Einreichung von Initiativen und Referenden stellte vor diesem Hintergrund keinen Abbau der Demokratie dar, sondern würde die direkte Demokratie in ein besseres Gleichgewicht bringen und die Übersättigung mit Abstimmungen stoppen.

2. Zusammenhalt

In der Genossenschaft Schweiz war neben der Freiheit, der individuellen und jener des Gemeinwesens, immer der Zusammenhalt wichtig. Auch er ist gefährdet, einerseits durch den Verlust des Masses und auch des Gespürs für politische Realitäten und Sensibilitäten bei

vielen Exponenten der Wirtschaft, die man früher gerne zur Elite gezählt hätte, andererseits durch die populistische Bewirtschaftung dieser Fehlentwicklungen einer verschwindenden Minderheit von Wirtschaftsführern durch verschiedenste politische Kreise. Es herrscht ein zum Teil erschreckender Jargon in weiten Kreisen der Bevölkerung, wenn es um Banker und Boni geht – eine ähnliche Masslosigkeit wie jene, die von diesen System- und Gesellschaftskritikern angeprangert wird. Und als Folge davon laufen wir Gefahr, unter gut gemeinten Titeln wie Ausgleich, Gerechtigkeit, Sicherheit, Solidarität oder Umweltschutz, das Land zu Tode zu regulieren, statt es wirtschaftlich zukunftstauglich und zukunfts offen zu halten. Hier gilt das Prinzip des Theophrastus von Hohenheim, genannt Paracelsus, ganz besonders: Im Übermass wird alles zum Gift. Die Wohlstandsverwöhnung führt dazu, dass die Schweiz den Wohlstand als gottgegeben ansieht, seinen Preis statt seinen Nutzen in den Vordergrund rückt und ihn daher unbekümmert gefährdet. Die Schweiz sollte das Land sein, in dem Leistung, Innovation und das verantwortungsbewusste Eingehen von Risiken besonders belohnt werden, in dem Ungleichheiten als unvermeidbare Begleiterscheinungen einer offenen und dynamischen Gesellschaft angesehen werden, in dem unternehmerische Menschen zahlreiche Chancen finden – so wie im 19. Jahrhundert, in dem die heutige Schweiz wurzelt und in dem sie die Grundlagen zu ihrem beispiellosen Erfolg gelegt hat.

Aber gerade wenn man Ungleichheit und eine beträchtliche Spreizung von Einkommen und Vermögen als unvermeidliche Charakteristika einer dynamischen Gesellschaft ansieht – nur wo Stagnation herrscht, ist die schreckliche Utopie der Gleichheit überhaupt denkbar – muss es Solidarität mit den schwächeren Bevölkerungsgruppen und Regionen geben. Nur: Sie darf nicht übertrieben werden, sie muss bezahlbar sein und darf die wirtschaftliche Dynamik nicht lähmen. Die Sozialwerke dürfen nicht zum Tabu werden – zumal nicht in der Alterssicherung, wo die steigende Lebenserwartung zu einer ständig steigenden Anzahl Bezugsjahre der Sozialversicherungen und Pensionen führt, was zwangsläufig die Kosten explodieren lässt. Immer weniger Arbeitnehmer finanzieren die Pensionen von immer mehr Rentnern. Dies wird ohne wirksame Reformen zu einer sich nicht mehr erholenden Überschuldung führen.

Will man die Sozialwerke und den Zusammenhalt in die Zukunft retten, braucht es deshalb dringend mehr Ehrlichkeit in der Beurteilung der Finanzlage der sozialen Institutionen. Dazu gehörte als erstes die Vollkapitalisierung der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen. Es geht nicht an, dass wir heutige Leistungen auf Kosten der nächsten Generation finanzieren. Dringend geboten ist sodann eine Schuldenbremse auch in den Sozialversicherungen, als

selbstdisziplinierendes Instrument für die Politik. Ferner sollten wir uns, statt die Frühpensionierung zu subventionieren, endlich an die Erhöhung des Rentenalters von Frauen und Männern wagen. Und schliesslich wird all das zusammen nicht genügen, wenn wir nicht die Kraft aufbringen, die Umwandlungssätze der in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegenen Lebenserwartung und den veränderten Realitäten an den Kapitalmärkten anzupassen. Das ist gewissermassen das Pflichtprogramm der Sozialpolitik. Als Kür würde man sich zusätzlich mehr Gestaltungsspielraum in der beruflichen Vorsorge wünschen, etwa in Form einer freien Wahl der Anlagestrategie oder gar der Pensionskasse durch die Versicherten.

3. Identität

Geburtstage sind Momente, sich der eigenen Identität bewusst zu werden. Identität lebt von Abgrenzung und Unterscheidung. Wenn man mit anderen identisch wird, verliert man seine Identität. Die Schweiz gilt als eigenständiges Land – zu Recht. Deshalb mag es Sie erstaunen, wenn ich behaupte, Offenheit gegenüber Zuwanderung sei Teil der Identität des Landes. Die Schweiz ist nicht nur wegen des Zusammenlebens verschiedener Religionen und Sprachen auf engem, stark gegliederten Raum einzigartig. Beides, Feingliederung und Vielfalt, haben auch Verständnis für das Fremde genährt und eine gewisse Offenheit zu einer Schweizer Tugend gemacht. Erstens sind Schweizer früh in die Welt hinaus, nicht nur aus Armut, sondern auch, um mit der Welt Geschäfte zu machen. Erinnert sei an den Walliser Cäsar Ritz, den Hotelier der Könige und König der Hoteliers, oder an den Jurassier Louis Chevrolet. Zweitens ist die Schweiz reich geworden durch viele ausländische Unternehmer, von Nestle bis Brown und Boveri, von Patek und Philippe bis Hayek, von Saurer bis Baur (vom Baur au Lac), von den Hugenotten in der Uhrenindustrie bis zu den Tüftlern, die vor dem französischen Patentrecht flohen und die chemische Industrie in Basel mitbegründeten. Und drittens ist die Schweiz so offen gegenüber Zuwanderung wie kaum ein Land auf der Welt. Fast ein Drittel der Bevölkerung ist im Ausland geboren – mehr als in klassischen Einwanderungsländern wie den USA oder Kanada. Und wenn Sie mir die persönliche Klammer erlauben: in welchem Land wird schon ein im Ausland Geborener, wenn auch im grenznahen Vorarlberg, Direktor eines Think tank, der sich mit der Zukunft des Landes befasst?

Doch auch hier gilt: Wenn man Dinge übertreibt, drohen Einstellungen und Haltungen zu kippen. Die Schweiz hat versucht, die Zuwanderung über die Zeitenläufe hinweg in

vernünftigen Umfang zu halten, sie war zudem selektiv offen und hat nie schrankenlose Offenheit und Toleranz praktiziert, und sie erwartete von ihren Zuwanderern Anpassung und Einfügung. Durch die Personenfreizügigkeit ist all das schwieriger geworden. Die Zuwanderung erfolgt rascher – jährlich kommt eine Stadt in der Grösse St. Gallens dazu –, und sie erfolgt unkontrollierter. Immerhin: die Zuwanderung ist wirtschaftlich fundiert, aber keine Geiss schleckt weg, dass es Probleme zunehmender Dichte und wachsender Belastung der Infrastruktur gibt, zumal in Ballungsgebieten. Wohnungsknappheit, steigende Wohnkosten, überfüllte Züge und Trams, Staus auf den Strassen, indirekt auch die Zersiedelung des Mittellandes sind Stichworte. Es wird nicht leicht sein, hier Gegensteuer zu geben, denn die Offenheit sollte nach allen Erfahrungen der Vergangenheit nicht in Frage gestellt werden. Immerhin: dichteres Bauen in den Städten, mehr Marktmieten statt Genossenschaftswohnungen und grössere Kostenwahrheit im Verkehr, nicht nur für den Privatverkehr, sondern auch für den ÖV, könnten die Folgen der Zuwanderung zum Teil auffangen und helfen, dass die traditionelle Offenheit der Schweiz nicht unter die Räder gerät.

Auch mit Identität zu tun hat das leidige Thema der Beziehung der Schweiz zur EU. Die Willensnation Schweiz definiert sich im Gegensatz zu anderen Staaten viel mehr über ihre spezifischen politischen Institutionen und nicht über eine gemeinsame Sprache, Kultur oder Religion. Deswegen stünde für sie bei einem Beitritt, der diese Institutionen unweigerlich aushöhlte, fast ihre „raison d’être“ auf dem Spiel. Zugleich ist offensichtlich, dass die enge Verflechtung der Schweiz mit der Europäischen Union es völlig illusorisch macht, hier so etwas wie eine totale Souveränität zu leben. Der Bilateralismus ist für die Schweiz wie für die EU eine Erfolgsgeschichte, und die Schweiz sollte sich daher nicht als Rosinenpicker diffamieren und in die Ecke drängen lassen. Allerdings kann man von der EU realistisch gesehen nicht erwarten, dass sie nach jeder Anpassung europäischen Rechts mit der Schweiz neu verhandelt, sofern bilaterale Verträge davon betroffen sind. Ohne gewisse Automatismen der Rechtsanpassung wird es nicht gehen. Aber diese „Semi-Autonomie“ ist wertvoller als die Pseudo-Autonomie, die man sich als Kleinstaat von der Mitsprache in einem Gremium von 27 oder mehr erhofft. Man wird also um eine Art Rahmenabkommen mit der EU nicht herumkommen – als Mittelweg zwischen Alleingang und Beitritt.

Was dieses Land auszeichnet und einzigartig macht, ist zugleich in vielerlei Hinsicht gefährdet. Die politischen Institutionen, zumal die direkte Demokratie, sind gefährdet, wenn

wir sie zu sehr strapazieren. Unser Zusammenhalt ist gefährdet, wenn wir im Umgang miteinander das Mass verlieren, aber auch, wenn wir die Sozialwerke nicht wieder auf eine nachhaltige Basis stellen. Und unsere Identität ist gefährdet, wenn wir nicht die rechte Balance zwischen Offenheit und Bewahrung der Eigenständigkeit – in der Zuwanderungs- ebenso wie in der Integrationspolitik – finden. Es braucht für diesen Weg der Balance zwischen Anpassung und Widerstand, zwischen Standfestigkeit und Kompromissbereitschaft sowohl Klugheit als auch Mut. Es ist ein schwieriger, aber zugleich ein lohnender Weg. Denn wenn der Soldat Bluntschli im Drama „Helden“ von George Bernard Shaw sagt, *„In der Schweiz habe ich den höchsten Rang: ich bin freier Bürger.“*, so ist das zwar etwas plakativ, aber eben doch zutreffend. Man mag es da und dort belächeln. An einem Anlass wie diesem aber, wenn die Schweiz Geburtstag feiert, wie sie es nachweislich seit 1891 jedes Jahr tut, kann man es durchaus selbstbewusst sagen und hat sogar die Chance, verstanden zu werden.